



Gemeindevereinigung

isch guet für alli



So nicht!

**Stellungnahme der SVP Ernetschwil-Gebertingen-Ricken
zur Abstimmung vom 11. September 2011**



Ernetschwil soll fusionieren – aber nicht um jeden Preis!

Die SVP Ernetschwil-Gebertingen-Ricken hat sich von allem Anfang hinter die Idee einer Fusion der drei Gemeinden Gommiswald, Ernetschwil und Rieden zu einem neuem Ganzen gestellt und, soweit die Behörden dies zulassen, auch mit viel Elan mitgearbeitet. Das Wagnis "Gemeindefusion" wurde mit klaren Vorstellungen begonnen: Gemeinsam sollte eine neue Gemeinde mit neuem Wappen und neuem Namen geschaffen werden.

Nach der Grundsatzabstimmung vom 26. September 2010, an der die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mehrheitlich ja gesagt haben zu einer Fusion, hat der Wind aber gedreht. Da war nicht mehr viel zu hören von gemeinsam, von neuem Namen, von gleichberechtigt und -verpflichtet. An den gesteuerten Zusammenkünften der Gemeindevertreter wurde klar auf den Namen und den Verwaltungsstandort Gommiswald hingearbeitet. Die zwei Drittel der Ernetschwilerinnen und Ernetschwiler, die einen völlig neuen Namen wollten, sind überstimmt worden. Das hat vielen drastisch vor Augen geführt, was für Verhältnisse in der neuen Gemeinde herrschen werden: Im Zentrum Gommiswald, am Rande Rieden, Ernetschwil, Gebertingen und (wie lange noch?) Ricken. Das stimmenstarke Gommiswald wird sich wohl bei allen noch zu klärenden Fragen (Standorte, Gemeindeordnung, etc.) durchsetzen. So haben sich das viele Bürgerinnen und Bürger nicht vorgestellt. Man wäre gerne näher ins Gespräch gekommen mit den Behörden. Aber die Mitsprachemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger wurden konsequent zurückgedrängt, Anregungen und Vorschläge mit der Pauschalbemerkung "wir nehmen das auf und werden das vertiefen" abgehakt. Diese behördliche Unlust gipfelt darin, dass das im Januar angekündigte Bürgerforum vom 17. August 2011 in Rieden nun doch nicht stattfinden soll. Die direkte Begegnung und Auseinandersetzung mit der Bevölkerung wird durch "qualitativ hochstehende schriftliche Informationen" der Projektleitung ersetzt¹.

Die SVP Ernetschwil-Gebertingen-Ricken hat an ihrer letzten Hauptversammlung ausführlich über die Fusion und das Verhalten der Behörden diskutiert. Zwar steht die SVP nach wie vor hinter einer Fusion der drei Gemeinden. Sie lehnt diese in der vorgesehenen bzw. sich abzeichnenden Form aber mit einer deutlichen Mehrheit ab und hat darum die NEIN-Parole beschlossen.

Das liebe Geld

Zugegeben, der angestrebte Steuerfuss von 123 % – für viele *das* Hauptargument für die Fusion – ist attraktiv. Auch wenn Ernetschwil derzeit noch einen viel höheren Steuerfuss aufweist, müssen wir uns aber nicht verstecken, denn wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Die finanzielle Lage bessert sich zusehends. Wir hätten – wie bereits schon 2010 – auch 2011 nochmals eine Steuerfussreduktion vornehmen können, haben stattdessen aber konsequent

¹ Newsletter 3/2011, letzte Seite.

unsere Schulden abgebaut und damit einer weitsichtigen Finanzpolitik den Vorzug gegeben. Demgegenüber hat Gommiswald während Jahren sein Eigenkapital verbraucht, um den Steuerfuss künstlich tief zu halten. Die Rechnung dieser aus unserer Sicht verfehlten Finanzpolitik steht bereits ins Haus: Kommt die Fusion nicht zustande, muss Gommiswald den Steuerfuss in aller nächster Zeit erhöhen.

Mit seiner Finanzpolitik – Schuldenabbau vor Steuersenkungen – liegt Ernetschwil voll im Trend. Wie das in zahlreichen Medien veröffentlichte, im Auftrag der Economiesuisse von der gfs.bern verfasste Finanzmonitoring zeigt, wollen 59 % der Schweizerbürgerinnen und –bürger eine Staatsüberschuss für den Schuldenabbau verwenden und nur 29 % möchten damit die Steuern senken. Dass einzelne EU-Länder und auch die USA im Schuldensumpf zu versinken drohen, hat ganz offensichtlich bei vielen zu einem Umdenken geführt.

Gerade im Umgang mit Steuergeldern haben die drei Gemeindepräsidenten aber ein denkbar schlechtes Beispiel gegeben. So wurde eine halbe Million Franken bis zur ersten Abstimmung für die Vorbereitungen der Fusion verbraucht. Der ursprünglich bewilligte Kredit wurde deutlich überzogen. Dann wurde noch mehr Geld verlangt. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurden ein Nachtragskredit und ein neuer Zusatzkredit im Gemeinderat per E-Mail durchgepeitscht und ausgerechnet in der Adventszeit dem Referendum unterstellt. Hand aufs Herz: Wer hätte so kurz vor Weihnachten Unterschriften für ein Referendum sammeln wollen? Dies alles, ohne den Bürger darüber zu informieren, wieso der erste Kredit überzogen wurde und wofür eine halbe Million Steuergelder verbraucht wurden. Nicht einmal die Mitglieder des Gemeinderates erhielten detaillierte Informationen, und auch der Geschäftsprüfungskommission gewährte man keinen Einblick. Das lässt für die Zukunft nichts Gutes erahnen.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf

Ein weiteres Beispiel: Vor der Grundsatzabstimmung im September 2010 wurde der Bevölkerung weisgemacht, bei einer Grobkostenrechnung² seien Ernetschwil und Gommiswald in Bezug auf den Nettoinvestitionsbedarf in etwa vergleichbar. Warum das Gemeindehaus in Gommiswald, immerhin an zentralster Lage, in dieser Rechnung nur gerade mit Fr. 400'000.00 berücksichtigt wurde, ist weder nachvollziehbar noch konnte dies nachgeprüft werden, da die Liegenschaftsschätzungen, auf welche die Behörden sich zu stützen behaupten, nie öffentlich aufgelegt wurden. Berücksichtigt man zudem, dass in diesem Betrag der Erlös der Wohnung, in welcher derzeit das Grundbuchamt untergebracht ist, noch nicht enthalten – auch darauf wird bezeichnenderweise nirgends hingewiesen –, wird schnell einmal deutlich, dass allein schon aus finanziellen Gründen nur Ernetschwil und nicht das von den Behörden von Anfang an favorisierte Gommiswald als Verwaltungsstandort in Frage kommt.

² info(-Broschüre) zur Grundsatzabstimmung vom 26.09.2010, Seite 10.

Bestehende Infrastruktur und Ressourcen nutzen

Im Zusammenhang mit der Frage, wo die Verwaltung der neuen Gemeinde untergebracht werden soll, wird zwar immer wieder die zentrale Lage von Gommiswald hervorgehoben. Realität ist aber, dass diesem Argument im Zeitalter der Online-Schalter kaum noch Bedeutung zukommt, denn die wenigsten Bürgerinnen und Bürger werden mehr als ein Mal pro Jahr das Gemeindehaus aufsuchen – wenn überhaupt! Da fällt ein etwas längerer Weg – sechs Autominuten von Rieden nach Ernetschwil bzw. Postauto im Stundentakt – nicht mehr gross ins Gewicht. Übrigens könnten sich selbst Bürgerinnen und Bürger von Gommiswald eine Gemeindeverwaltung in Ernetschwil gut vorstellen.

Wächst die neue Gemeinde wie vorgesehen, ist es trotz dem geplanten "moderaten" (!) Um- und Ausbau des Gemeindehauses Gommiswald für immerhin Fr. 1'830'000.00³ nur eine Frage der Zeit, bis ein neues, grösseres und moderneres Gemeindehaus für "nötig" befunden wird. Da dann das bisherige Gemeindehaus in Ernetschwil wohl kaum mehr zur Verfügung stehen dürfte, wird wohl ein teurer Neubau für etliche Millionen Franken fällig. Bei weiser Voraussicht lässt sich dies aber vermeiden. Wer die örtlichen Verhältnisse kennt, weiss, dass das Gemeindehaus in Ernetschwil ohne grosse bauliche Eingriffe kaum je einer privaten Nutzung zugeführt werden kann, was bei einem allfälligen Verkauf der Liegenschaft mit Sicherheit negativ zu Buche schlagen wird. Andererseits bietet das Gemeindehaus in Ernetschwil genügend Platz, um die gesamte Verwaltung der neuen Gemeinde unter einem Dach zu vereinigen, und im angrenzenden Feuerwehrdepot liesse sich ohne weiteres auch das Bauamt noch unterbringen. Es geht nicht darum, dass Ernetschwil die Verwaltung an sich "reisst", sondern es soll – fern von jedem Prestigedenken – mit den bestehenden Infrastrukturen und Ressourcen sorgsam und bedacht umgegangen und die finanziell tragbarste Lösung gewählt werden. Aufgrund der Entwicklung in den letzten Monaten haben wir grosse Bedenken, ob solchen Überlegungen seitens der Behörden genügend Beachtung geschenkt wurde.

"Die Freud ist kurz, die Reu ist lang!"

Weil aus unserer Sicht noch viele Punkte zu klären sind, rufen wir alle Ernetschwilerinnen und Ernetschwiler dazu auf, am 11. September 2011 ein "NEIN" zur Fusion einzulegen. Damit würde die (im September 2010 zum Ausdruck gebrachte) grundsätzliche Zustimmung zur Fusion nicht in Frage gestellt, sondern es würden die Behörden lediglich aufgefordert, sich nochmals vertieft mit den Ängsten und Befürchtungen der Bevölkerung zu befassen und (finanziell) tragbare, breiter abgestützte Lösungen, namentlich hinsichtlich des künftigen Standorts der Verwaltung, aufzuzeigen, bevor sie die Fusion der dannzumal deutlich besser informierten Bevölkerung erneut zur Abstimmung vorlegen.

SVP Ernetschwil-Gebertingen-Ricken

³ info(-Broschüre) zur Grundsatzabstimmung vom 26.09.2010, Seite 10.